

**Antrag 82/I/2022****KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Krieg in der Ukraine – Übernahme der Verantwortung für eigene Fehler und keine Zusammenarbeit mehr mit Autokrat\*innen und Agressor\*innen**

1 Die Parteiführung wird aufgefordert, unmissverständlich  
 2 die bislang gegenüber dem russischen Regime praktizier-  
 3 te Politik der Beschwichtigung und alle damit zusammen-  
 4 hängenden Entscheidungen sozialdemokratischer Politi-  
 5 ker\*innen in der Vergangenheit zu verurteilen.

6  
 7 Dies betrifft insbesondere Entscheidungen und Maßnah-  
 8 men, welche zu der derzeitigen Abhängigkeit von russi-  
 9 schen Energielieferungen sowie der engen wirtschaftli-  
 10 chen Verflechtung mit russischen Wirtschaftsunterneh-  
 11 men geführt haben bzw. dies nicht verhindert haben. Dar-  
 12 über hinaus sind alle, Entscheidungen und Maßnahmen  
 13 sozialdemokratischer Politiker\*innen aufzuarbeiten, wel-  
 14 che dazu beigetragen haben, nicht schon früher klar und  
 15 angemessen auf russische Aggressionen und Menschen-  
 16 rechtsverletzungen im In- und Ausland zu reagieren.

17  
 18 Hierzu wird eine unabhängige wissenschaftliche Kom-  
 19 mission eingesetzt, welche die Rolle der SPD als Partei  
 20 aber auch einzelner sozialdemokratischer Politiker\*innen  
 21 (aktueller und ehemaliger Amtsträger\*innen) untersu-  
 22 chen und unter klarer Benennung von Verantwortlichkei-  
 23 ten bewerten soll, inwieweit diese durch ihre Politik und  
 24 Positionen angemessen auf russische Aggressionen und  
 25 Menschenrechtsverstöße reagiert haben und dies im Ein-  
 26 klang mit dem offiziellen Parteiprogramm der SPD steht.  
 27 Viel zu oft wurde im Umgang mit Russland der Satz „Wan-  
 28 del durch Handel“ benutzt, der eine Annäherung durch  
 29 wirtschaftlichen Austausch vorgaukelt. Dabei ist es wich-  
 30 tig auch zu untersuchen, ob es dabei persönliche Vorteils-  
 31 nahmen in wirtschaftlicher oder anderer Form durch akti-  
 32 ve Politiker\*innen der SPD gab.

33

**Begründung**

34 Die derzeitige Aggression des russischen Regimes gegen  
 35 die Ukraine kam nicht aus heiterem Himmel und hat  
 36 auch nicht erst am 24. Februar diesen Jahres begonnen.  
 37 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg des russischen Re-  
 38 gimes gegen die Ukraine begann bereits am 18.03.2014  
 39 mit der Annexion der Krim und den folgenden Mona-  
 40 ten mit verdeckten Entsendung von Geheimagent\*innen  
 41 und „Soldat\*innen auf Urlaub“ in den Donbass sowie der  
 42 daraus resultierenden Ausrufung sogenannter Volksrepu-  
 43 bliken. Begleitet wurde die militärische Aggression mit  
 44 beispiellosen Drohungen gegen die Ukraine und weitere  
 45 europäische Staaten. Zwar wurden als Konsequenz wirt-

46

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die Parteiführung wird aufgefordert, unmissverständlich  
 bislang gegenüber dem russischen Regime praktizierte  
 Politik der Beschwichtigung und alle damit zusammen-  
 hängenden Entscheidungen sozialdemokratischer Politi-  
 ker\*innen in der Vergangenheit zu verurteilen.

Dies betrifft insbesondere Entscheidungen und Maßnah-  
 men, welche zu der derzeitigen Abhängigkeit von russi-  
 schen Energielieferungen sowie der engen wirtschaftli-  
 chen Verflechtung mit russischen Wirtschaftsunterneh-  
 men geführt haben bzw. dies nicht verhindert haben. Dar-  
 über hinaus sind alle, Entscheidungen und Maßnahmen  
 sozialdemokratischer Politiker\*innen aufzuarbeiten, wel-  
 che dazu beigetragen haben, nicht schon früher klar und  
 angemessen auf russische Aggressionen und Menschen-  
 rechtsverletzungen im In- und Ausland zu reagieren.

Hierzu wird eine unabhängige wissenschaftliche Kom-  
 mission eingesetzt, welche die Rolle der SPD als Partei  
 aber auch einzelner sozialdemokratischer Politiker\*innen  
 (aktueller und ehemaliger Amtsträger\*innen) untersu-  
 chen und unter klarer Benennung von Verantwortlichkei-  
 ten bewerten soll, inwieweit diese durch ihre Politik und  
 Positionen angemessen auf russische Aggressionen und  
 Menschenrechtsverstöße reagiert haben und dies im Ein-  
 klang mit dem offiziellen Parteiprogramm der SPD steht.  
 Viel zu oft wurde im Umgang mit Russland der Satz „Wan-  
 del durch Handel“ benutzt, der eine Annäherung durch  
 wirtschaftlichen Austausch vorgaukelt. Dabei ist es wich-  
 tig auch zu untersuchen, ob es dabei persönliche Vorteils-  
 nahmen in wirtschaftlicher oder anderer Form durch akti-  
 ve Politiker\*innen der SPD gab.

**Der Parteivorstand wird zudem dazu aufgefordert, einen  
 neuen, umfangreichen Kodex zu entwickeln für Übergän-  
 ge aus politischen Spitzenpositionen in die Wirtschaft,  
 insbesondere um Tätigkeiten zu verhindern, die dem  
 Missbrauch politischer Netzwerke unserer Partei und des  
 Staates zum Zwecke der Interessen nichtdeutscher Re-  
 gierungen dienen, Angriffskriege führen und gegen Men-  
 schenrechte verstoßen. Dies muss auch im Statut veran-  
 kert werden.**

47 schaftliche Sanktionen beschlossen. Diese waren aller-  
48 dings viel zu schwach, um das russische Regime von sei-  
49 ner Eskalationsspirale abzubringen. Obwohl sich spätes-  
50 tens ab diesem Zeitpunkt der aggressive revisionistisch-  
51 chauvinistische Charakter des russischen Regimes offen  
52 zeigte, wurden die wirtschaftlichen Verflechtungen mit  
53 diesem Regime immer weiter vorangetrieben. So wur-  
54 den beispielsweise weder Nord Stream 2 gestoppt, noch  
55 die Übernahme deutscher Erdgasspeicher durch russische  
56 Staatskonzerne verhindert und auch keine Schritte zur  
57 Reduzierung der Energielieferungen aus Russland unter-  
58 nommen. Die Folge dieser kurzsichtigen auch von sozial-  
59 demokratischen Politiker\*innen verantworteten Politik ist  
60 nicht nur eine erhebliche Abhängigkeit von russischen En-  
61 ergielieferungen.

62

63 Die hohen Summen, welche für die Energielieferungen  
64 von Deutschland bezahlt wurden, dienten der Finanzie-  
65 rung schwerster Menschenrechtsverletzungen bspw. in  
66 Syrien, der Unterstützung rechtspopulistischer und fa-  
67 schistischer Parteien in Europa und schlussendlich auch  
68 der Finanzierung des weitergehenden Überfalls auf die  
69 Ukraine seit dem 24.02.2022. Warnungen aus dem In- und  
70 Ausland, insbesondere Osteuropa, vor den Konsequenzen  
71 dieser Politik wurden ignoriert oder in höchst herablas-  
72 sender und arroganter Art und Weise abgetan. Auch im  
73 unmittelbaren Vorfeld des 24.02.2022 wurde seitens der  
74 sozialdemokratisch geführten Bundesregierung von der  
75 Ukraine dringend erbetene Lieferung zur Stärkung der  
76 Selbstverteidigung verweigert und dies mit fadenscheini-  
77 gen Argumenten begründet. Dabei war der wahre Charak-  
78 ter des russischen Regimes schon früh offenkundig. Die  
79 Zerstörung von Städten wie Grosny und Aleppo, die Er-  
80 mordung von Regimekritiker\*innen wie Anna Politowska-  
81 ja und Boris Nemzow, die Verhaftung von Oppositions-  
82 politiker\*innen wie Alexander Nawalny, die Verfolgung  
83 ethnischer Minderheiten wie den Krimtataren sowie die  
84 Durchführung von Attentaten im Ausland – auch direkt  
85 vor unserer Haustür im kleinen Tiergarten – sprechen ei-  
86 ne deutliche Sprache. Dennoch wurden nur allzu häufig  
87 die Handlungen des russischen Regimes nicht hinterfragt  
88 und die Augen vor dessen wahren Charakter verschlossen.

89

90 Dieser Verantwortung können wir uns als Sozialdemokra-  
91 ten nicht entziehen und müssen die Fehler der politisch  
92 verantwortlichen Entscheidungsträger\*innen klar benen-  
93 nen und entsprechende Konsequenzen für unser zukünf-  
94 tiges politisches Handeln ziehen. Für die konkrete Auf-  
95 arbeitung sollte eine interdisziplinär besetzte Kommissi-  
96 on unter anderem aus Historiker\*innen sowie Politik- und  
97 Wirtschaftswissenschaftler\*innen beauftragt werden. Die  
98 Ergebnisse dieser Kommission sollten die Grundlage für  
99 Beschlüsse über unser zukünftiges Handeln bilden, um ei-

100 ne derart ungesunde Nähe zu anderen Autokratien, Dikta-  
101 turen und aggressiven Regimen aller Art zu vermeiden.